

steht, überhaupt absprechen. Wir könnten sonst mit demselben Recht behaupten, was die Gegner vorbringen, ist eine Verkennung ihrer eigenen Lage und eine Aufbauschung der Nachteile und Gefahren, die eine Namensänderung mit sich im Gefolge hätte.

Zur Sache selbst wäre zu sagen: Die große Mehrheit der in München versammelten Kollegen, die sicher alle urteilsfähig genug waren, konnten sich den Argumenten unserer Wortführer nicht verschließen; warum diese heute keine Geltung mehr haben sollen, bleibt uns ein Rätsel; jedenfalls können uns die Gründe, welche die Gegner ins Feld führen, keineswegs restlos überzeugen, daß die Schwierigkeit einer Namensänderung bei gutem Willen unüberwindlich gewesen wäre. An diesem guten Willen zu zweifeln, erlauben wir uns auch heute noch. Das ändert an der Tatsache nichts, das der Landesverband Württembergischer Uhrmacher das Wort „ZentRa“ ohne Einschränkung freigegeben hat. Derselbe hat damit ein Opfer gebracht, das zu schätzen den übrigen Kollegen Deutschlands anheimgegeben wird. Sind wir uns doch klar darüber, daß eine Propaganda auch unter diesem Namen für uns nur untergeordnete Bedeutung hat. Die Abhandlung in der letzten Nummer der UHRMACHER-

KUNST von Herrn Spitzley, die an und für sich sehr scharfsinnig abgefaßt ist, hat nur den Nachteil, daß sie eine ganz falsche Voraussetzung hat; es wird dort behauptet, bei dem fraglichen Namen sei es zweifellos, daß im Lautbild der Nachdruck auf die liegen müsse, tatsächlich gibt es aber im Württembergischen Sprachgebrauch gar kein di, d. h. die Vorsilbe wird einfach weggelassen. Wir sind überzeugt, wollte sich Herr Spitzley die Mühe machen, tausend Württemberger nach dieser Firma zu fragen, er würde immer nur Centa hören. Der Nachdruck liegt also genau so auf a wie bei Centra oder ZentRa. Würde nun heute eine großzügige nationale Reklame mit Centra einsetzen, dann hätten wir absolut keinen Nutzen, weil wir nicht in der Lage sind, Uhren mit dieser Marke zu forcieren, wir stehen also mehr oder weniger als Stiefkinder auf der Seite. Das soll nun aber nicht so verstanden werden, als ob wir das Mitleid unserer Kollegen erheischen wollten, immerhin dürfte jedoch von seiten des Zentralverbandes bzw. der Leitung der Markenuhr erwogen werden, ob ein solcher Zustand auf die Dauer wünschenswert sein kann. (V/205)

Landesverband Württembergischer Uhrmacher,
Zwangsinngung Stuttgart. I. A. Möhrle.

Verschiedenes

Die **Schriftleitung** nimmt gern Veranlassung, allen Mitarbeitern und Firmen verbindlichst für die freundliche Unterstützung bei der Herausgabe der vorliegenden Sondernummer „Die Uhr von Heute“ zu danken. Durch Überlassung von Material oder durch Anregungen haben uns insbesondere die nachstehend genannten Firmen unterstützt: Gebrüder Junghans (Schramberg), Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik (Schramberg), Kienzle Uhrenfabriken (Schwenningen), Haller & Benzing (Schwenningen), Schlenker-Grusen (Schwenningen), Bürk Söhne (Schwenningen), Adolf Hanhart (Schwenningen), Kopp & Schlenker (Schwenningen), Müller-Schlenker (Schwenningen), Furtwängler Söhne (Furtwangen), Winterhalder (Neustadt), Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken (Freiburg i. Schl.), Ziegler jun. (Bamberg), E. Heuer (Biel), Excelsior Park (St. Imier), Mido Watch (Biel), Tavannes Watch Co. (La Chaux-de-Fonds), H. Williamson (Büren), Movado Watch (Biel), Eterna (Berlin), Longines, Paul Bauermeister (Berlin), Optima (Frankfurt a. M.), Gustav Bössenroth (Berlin).

Reparaturrechnungen hat der Zentralverband der Deutschen Uhrmacher herausgegeben, von denen der heutigen Nummer ein Probestück beiliegt. Zweck der Rechnungen ist, unsere Kollegen zur Berechnung nach der Zeit anzuhalten, außerdem aber durch kurzgefaßte Aufklärung dem Publikum einen Begriff über die schwierige Arbeit des Uhrmachers zu verschaffen. Die Rechnungen werden nur mit Firmenaufdruck geliefert, sie stellen so ein wirkames Propagandamittel dar.

Es kosten einschließlich Firmenaufdruck:

500 Stück	18,— Mk.
1000 Stück	30,— Mk.
2000 Stück	54,— Mk.

(VI 1724)

Genehmigung von Reklametransparenzen. Die Deutschdemokratische Partei des Preußischen Landtages hat eine Kleine Anfrage eingebracht, in der das Staatsministerium befragt wird, ob es bereit sei, eine Anweisung an die Polizeibehörden zu veranlassen, daß persönliche Anschauungen über Reklamegeräte bei der Behandlung der Zulassung solcher Transparente vor der Verpflichtung, dem Einzelhandel sein Geschäft nicht zu erschweren, zurückzutreten haben. Diese Anfrage ist nicht zuletzt auf die zahlreichen Klagen der Uhrmacher, Optiker usw. zurückzuführen, denen in der letzten Zeit durch die Polizeiverwaltungen verschiedentlich die Genehmigung zur Anbringung von Transparent-Aushängereklamen versagt wurde. In der Mehrzahl dieser Fälle handelte es sich keineswegs um eine Verunstaltung der betreffenden Straßengegenden bzw. um zu enge Straßen. Vielmehr waren oftmals rein persönliche Anschauungen des Bearbeiters bei der Polizeiverwaltung für die Ablehnung maßgebend. Gegen diesen Übelstand soll jetzt vorgegangen werden. (VI 1705)

Forderung auf schnellere Veranlagung für die Gewerbesteuer 1927. Von der Fraktion der Deutschen Volkspartei ist im Preußischen Landtag in einem Antrag auf die in weiten gewerblichen Kreisen bestehende Beunruhigung darüber hin-

gewiesen worden, daß in vielen Gemeinden die Gewerbesteuer-Veranlagung für das Rechnungsjahr 1927 immer noch nicht erfolgt ist. Das hat bei den zahlreichen Gewerbesteuerpflichtigen, die für das Jahr 1927 mit einer geringeren Höhe der Gewerbesteuer als für das Jahr 1926 bestimmt rechnen können, die Folge, daß sie zu hohe Vorauszahlungen leisten müssen, welche häufig die Zahlen der endgültigen Veranlagung sehr erheblich, in Einzelfällen sogar um ein Vielfaches, übersteigen. Stundungen werden von den Gemeinden trotzdem in vielen Fällen gar nicht oder nur auf ganz kurze Zeit gewährt. Der geschilderte Übelstand würde in den Fällen noch stark vermehrt werden, wo auch bis zu dem dicht bevorstehenden dritten Vorauszahlungstermin (15. November) die endgültige Veranlagung noch nicht zugestellt ist. Der Antrag fordert deshalb vom Staatsministerium die unverzügliche Vorlage eines Ministerialerlasses, der den Gemeinden nahelegt:

1. Die Veranlagung für die Gewerbesteuer für 1927 aufs äußerste zu beschleunigen;

2. in allen Fällen, in denen bis zum 10. November die endgültige Veranlagung nicht zugestellt sein kann, für die am 15. November fällige dritte Vorauszahlungsrate bis zur endgültigen Veranlagung Stundung zu gewähren. R. H. (VI 1703)

Zum Kampf gegen die Schwarzarbeit. Im Gesetzgebungsausschuß des Thüringer Landtages wurde folgender Antrag auf Anregung der Wirtschaftspartei beschlossen: Die Staatsregierung wird ersucht, bei Beratung des Arbeitsschutzgesetzes auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß gegen das Überhandnehmen der Schwarzarbeit, die gerade das mittelständische Klein Gewerbe außerordentlich schädigt, mit gesetzgeberischen Maßnahmen vorgegangen wird. Dem § 9 des Arbeitsschutzgesetzes ist folgender Absatz anzufügen: Arbeitnehmer, die von einem Arbeitgeber voll beschäftigt werden, dürfen gewerbliche Nebenarbeiten gegen Entgelt nicht verrichten. Dieses Verbot findet keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten in Nörfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen des Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind. R. H. (VII 1702)

Die Herstellung der Plakate für Schmuckpropaganda zieht sich etwas hinaus. Sie wird wahrscheinlich erst am 5. oder 6. November erfolgen! Die Klischees für Zeitungsinserate sind fertig und Probeabzüge können bei H. W. Gerlach, Leipzig, Hardenbergstr. 29, I eingeholt werden. Die Werbeheftchen und Postkarten werden Anfang November fertig. (VI 1701)

Die württembergische Uhrenindustrie gegen die Zusammenlegung der südwestdeutschen Landesarbeitsämter. Der Arbeitgeberverband und die Ortsgruppe Schwenningen des Verbandes der Uhrenindustrie sprechen sich in einer Entschliebung aufs entschiedenste gegen den Plan einer Zusammenlegung der beiden seither selbständigen Landesarbeitsämter in Württemberg und Baden zu einem gemeinsamen südwestdeutschen Landesarbeitsamt unter Einbezug der Pfalz aus, da sie der Auffassung sind, daß